



Sitzungsprotokoll

Kreistag

Sitzungstermin:	Montag, 20.06.2016
Sitzungsdauer:	14:00 bis 18:00 Uhr
Sitzungsraum:	Ritterakademie, Am Graalwall, 21335 Lüneburg
Sitzungsart:	öffentlich

Lüneburg, den 12. Oktober 2017

Dieses Dokument wurde elektronisch erstellt.

Die erforderlichen Unterschriften befinden sich auf dem Originalprotokoll in der Kreisverwaltung.

Anwesenheitsliste

Manfred Nahrstedt - Landrat

Antje Aden-Meyer - Bündnis 90/Die Grünen

Andreas Bahlburg - SVG Lüneburg

Tanja Bauschke - Bündnis 90/Die Grünen

Alexander Blume - CDU

abwesend TOP 17 - 22 (16.20 - 16.55 Uhr)

Peter Bollmann - Grüne

Prof. Dr. Hinrich Bonin - SPD

Stefi Brockmann-Wittich - Grüne

Günter Dammann - CDU

Melanie Dieckmann-Kirks - Bündnis 90/Die Grünen

Rainer Dittmers - SPD

Günter Dubber - CDU

Ingrid Dziuba-Busch - CDU

bis TOP 17 (16.20 Uhr)

Heinz Fricke - SPD

Hans-Georg Führinger - CDU

Michael Gaus - Bündnis 90/Die Grünen

Oliver Glodzei - Grüne

Martin Gödecke - Die Unabhängigen

Dagmar Gollers - Grüne

Achim Gründel - SPD

Bernd Hein - SPD

Harald Heuer - CDU

Matthias Hoffmann - SPD

Jürgen Hövermann - CDU

Dieter Hublitz - CDU

fehlt entschuldigt

Bernd Jaschke - Die Linke

Franz-Josef Kamp - SPD

abwesend TOP 10 - 14 (15.15 - 16.10 Uhr)

Dr. Niels Kämpny - FDP

fehlt entschuldigt

Wilhelm Kastens - CDU

Andreas Köhlbrandt - SPD

Annette Kork - CDU

Petra Kruse-Runge - Bündnis 90/Die Grünen

Wolfgang Marten - SPD

fehlt entschuldigt

Brigitte Mertz - SPD

Herbert Meyn - SPD

Stefan Minks - SPD

Stefan Mues - Die Unabhängigen

Birgit Neumann - SPD	
Holger Niemann - UWL/Bündnis Rechte	
Meinhard Perschel - CDU	
Martin Peters - SPD	
Gisela Plaschka - FDP	bis TOP 29 (17.40 Uhr)
Rolf Rehfeldt - Bündnis 90/Die Grünen	
Thomas Rieckmann - Grüne	ab TOP 3 (14.25 Uhr)
Klaus-Dieter Salewski - SPD	
Inge Schmidt - CDU	
Andrea Schröder-Ehlers - SPD	
Jens-Peter Schultz - SPD	
Detlev Schulz-Hendel - Bündnis 90/Die Grünen	
Elke Stange - SPD	
Miriam Staudte - Grüne	
Frank Stoll - Die Linke	
Renate Thielbörger - SPD	
Norbert Thiemann - CDU	bis TOP 24 (17.20 Uhr)
Evelin Tiedemann - CDU	bis TOP 17 (16.20 Uhr)
Bernd Wald - parteilos	bis TOP 24 (17.20 Uhr)
Jan Waldau - CDU	
Ulrike Walter - CDU	
Nicole Ziemer - SPD	
Anna Alkushovski - Verwaltung	Protokollführerin
Jürgen Krumböhmer - Erster Kreisrat	
Sigrid Ruth - Fachdienstleiterin	
Jens-Michael Seegers - Betriebsleiter	
Christine Ullmann - Gleichstellungsbeauftragte	
Jürgen Wiegert - Leiter Finanzmanagement	
Elena Bartels - Verwaltung	Pressesprecherin
Hannes Wönig - Verwaltung	Volontär

Tagesordnung:

(öffentlich)

1. Einwohnerfragestunde gemäß § 6 Ziffer 1 Geschäftsordnung
2. Eröffnung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 14.03.2016
5. Sachstandsbericht zur Unterbringung von Flüchtlingen im Landkreis Lüneburg
6. Mitteilung über die Änderung des Fraktionsnamens der CDU/Bündnis21 RRP vom 15.04.2016
Vorlage: 2016/110
7. Feststellung der Beendigung des Beamtenverhältnisses der Kreisrätin Monika Scherf
Vorlage: 2016/085
8. Besetzung der Stelle der Kreisrätin/des Kreisrats zum 01.09.2016/01.10.2016
Vorlage: 2016/134
9. 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016
(im Stand der 1. Aktualisierung vom 07.06.16)
Vorlage: 2016/127
10. Wohnbauförderung durch den Landkreis Lüneburg
(im Stand der 1. Aktualisierung vom 07.06.16)
Vorlage: 2016/106
11. Gründung einer Kreissiedlungsgesellschaft
Vorlage: 2016/104
12. Wettkampfgerechte Sporthalle
(im Stand der 1. Aktualisierung vom 02.06.2016)
Vorlage: 2016/144
13. Erwerb weiterer Aktien der Süderelbe AG
Vorlage: 2016/128
14. Standortfrage der Betriebshöfe; Neubau eines zentralen Betriebshofes (im Stand der 1. Aktualisierung vom 20.04.2016)
Vorlage: 2016/075
15. Vertretung des Landkreises Lüneburg im Aufsichtsrat der Hamburger Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: 2016/083

16. Änderung der Unternehmenssatzung der GfA Lüneburg gkAöR
Vorlage: 2016/082
17. Einrichtung von Ausbildungsplätzen zum 01.08.2017
Vorlage: 2016/090
18. 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Lüneburg
Vorlage: 2016/081
19. Abberufung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt
Vorlage: 2016/087
20. Subventionierung der Fahrtarife Amt Neuhaus und Tanja
(im Stand der 1. Aktualisierung vom 06.06.2016)
Vorlage: 2016/147
21. Veränderung von Struktur und Gremien der Metropolregion Hamburg;
Abschluss eines neuen Kooperationsvertrages
Vorlage: 2016/135
22. Antrag der Gruppe SPD und Grüne vom 28.02.16 (Eingang: 29.02.16); Radschnellweg zur
Verbindung der Heide-Region mit der Elbe-Region
Vorlage: 2016/061
23. Antrag der Gruppe FDP/Die Unabhängigen vom 26.02.16 (Eingang: 29.02.16); Sicherung der
Nachwuchsgewinnung und Förderung der interkulturellen Öffnung der Kreisverwaltung
Vorlage: 2016/067
24. Antrag der Gruppe SPD/Grüne vom 05.06.16 (Eingang: 06.06.16); Unterstützung der Bildungs-
und Schulaufklärungsarbeit über sexuelle Orientierung und geschlechtliche Vielfalt an Schulen
des Landkreises
Vorlage: 2016/154
25. Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 02.06.16 (Eingang: 06.06.16); Wohnraummaßnahmen des
Jobcenters
Vorlage: 2016/155
26. Antrag der CDU/Wald-Fraktion vom 04.06.16 (Eingang: 06.06.16);
Ergänzungsantrag der Gruppe SPD/Grüne vom 19.06.16 (Eingang: 20.06.16);
Unterstützung für die Petition "Sozialpädagogen auch für Gymnasien"
Vorlage: 2016/157
27. Antrag der CDU/Wald-Fraktion vom 04.06.16 (Eingang: 06.06.16);
Änderungsantrag der CDU/Wald-Fraktion vom 19.06.16 (Eingang: 20.06.16);
Einrichtung einer Begegnungsstätte im ehemaligen Sozialkaufhaus in Neuhaus
Vorlage: 2016/158

28. Antrag der CDU/Wald-Fraktion vom 04.06.16 (Eingang: 06.06.16); 3. Änderung des RROP, Ergänzung der Allgemeinen Planungsabsichten
Vorlage: 2016/159
29. Antrag der CDU/Wald-Fraktion vom 04.06.16 (Eingang: 06.06.16); Höherer Zuschuss für Neubau eines Bürger- und Kulturhauses in Dahlenburg
Vorlage: 2016/160
30. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten
- 30.1. Zuordnung Wahlkreise
- 30.2. Breitbandausbau
31. Schriftliche Anfragen gem. § 17 Abs. (2) Geschäftsordnung
- 31.1. Anfrage von KTA Gödecke (Die Unabhängigen) vom 09.06.16 (Eingang: 09.06.16); Hochwasserschutz an der Elbe
Vorlage: 2016/162
32. Mündliche Anfragen aus aktuellem Anlass gemäß § 17 Abs. (3) Geschäftsordnung
- 32.1. Parkplatzschranke
- 32.2. Kreiswahl am 11.09.16; Veröffentlichung Amtsblatt
33. Schließung der Sitzung

Protokoll:

(öffentlich)

TOP-Nr. 1 Einwohnerfragestunde gemäß § 6 Ziffer 1 Geschäftsordnung

Vors. Fricke fragt, ob jemand aus den Reihen der Zuhörerinnen und Zuhörer zur Einwohnerfragestunde Fragen an den Landrat richten möchte. Es werden keine Fragen gestellt.

TOP-Nr. 2 Eröffnung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vors. Fricke eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Dem Kreistag gehören 59 Mitglieder an. Nachfolgend die Teilnehmerzahlen zum Zeitpunkt der Eröffnung der Sitzung:

Landrat:	1
SPD-Fraktion:	19 Mitglieder
Grüne-Fraktion:	12 Mitglieder
CDU/Wald-Fraktion:	17 Mitglieder
FDP-Fraktion:	1 Mitglied
Die Unabhängigen:	2 Mitglieder
Die Linke:	2 Mitglieder
KTA Niemann:	1 Mitglied
Insgesamt:	<u>55 Mitglieder</u>

TOP-Nr. 3 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

Vors. Fricke verkündet, dass die Gruppe FDP/Die Unabhängigen einen Dringlichkeitsantrag gestellt habe. Er räumt ihr die Möglichkeit ein, die Dringlichkeit zu begründen. Der Dringlichkeitsantrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

KTA Plaschka begründet den Dringlichkeitsantrag. Ihre Gruppe habe sich darüber aufgeregt, dass Bundestagsabgeordnete als gewählte Volksvertreter, die nur ihrem Gewissen unterworfen seien, nach der Armenien-Resolution massiv unter Druck gesetzt worden seien und unter Polizeischutz gestellt wurden. Das Zeichen der Solidarität müsse bereits jetzt gesetzt werden, es bringe nichts, diesen Antrag in zwei

Monaten erst zu behandeln, um den betroffenen Abgeordneten den Rücken zu stärken.

KTA Kamp sieht im Namen der Gruppe SPD/Grüne die Dringlichkeit nicht gegeben. Man könne nicht alle tagespolitischen Themen als dringlich deklarieren. Inhaltlich trage er den Antrag mit, aber lehne eine Dringlichkeit ab.

KTA Blume findet, dass diese Resolution zweifellos ein ernstes Thema betreffe. Er befürchte durch völkischen Nationalismus einen „Klimawandel“ für Europa. Die Probleme seien groß und auch dringend. Gleichwohl gehöre dieses Thema sachlich nicht in den Kreistag. Die CDU/Wald-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab.

KTA Jaschke sieht dieses Thema in Namen der Fraktion Die Linke als aktuelle Angelegenheit und unterstützt den Antrag.

KTA Rehfeldt sieht die Dringlichkeit nicht. Er bittet die Gruppe FDP/Die Unabhängigen, stattdessen eine Unterschriftenaktion zu starten, um auf diesem Wege Solidarität zu bekunden.

Vors. Fricke lässt darüber abstimmen, ob die Tagesordnung um den Dringlichkeitsantrag der Gruppe FDP/Die Unabhängig ergänzt werden soll. Bei 6 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen wird der Dringlichkeitsantrag mehrheitlich abgelehnt.

KTA Blume beantragt im Namen der CDU/Wald-Fraktion, TOP 10 (Vorlage Nr. 2016/106), Wohnbauförderung durch den Landkreis Lüneburg, von der Tagesordnung abzusetzen, weil die Wohnbauförderrichtlinie noch am Anfang der Diskussion stehe. Es gebe grundlegende Fragen, die noch zu klären seien. Es werde dazu am 4. Juli 2016 einen weiteren Termin geben und das Thema müsse in den Fraktionen und mit den Hauptverwaltungsbeamten erst noch besprochen werden. Daher sei es seiner Ansicht nach zu früh, hierzu bereits einen Beschluss zu fassen.

Weiterhin beantragt er, dass TOP 17 (Vorlage Nr. 2016/090) und TOP 23 (Vorlage Nr. 2016/067) über die Ausbildungsplätze und der Antrag der Gruppe FDP/Die Unabhängigen zur Nachwuchsgewinnung gemeinsam erörtert, aber getrennt beschlossen werden, da die beiden Themen eng miteinander verknüpft seien.

KTA Kamp hält es für ein falsches Signal, wenn man TOP 10 von der Tagesordnung absetzen würde. Inhaltlich hänge er eng mit TOP 11, Gründung einer Kreissiedlungsgesellschaft, zusammen. Es sei ein zu wichtiges Thema, als dass bis zur nächsten Kreistagssitzung gewartet werden könne.

Die Zusammenlegung von TOP 17 und TOP 23 halte die SPD-Fraktion nicht für notwendig, denn dies seien zwei voneinander unabhängige Tagesordnungspunkte.

KTA Bauschke schließt sich KTA Kamps Ausführungen zur Wohnungsbauförderung an. Immerhin gehe es hier um den Beschluss über 500.000 Euro. Dies sei eine wichtige Beschlusslage.

KTA Blume führt aus, dass der Startschuss zur Wohnbauförderung nicht zur Diskussion stünde. Das Signal, dass der Landkreis Lüneburg sich auf den Weg machen werde, sei gegeben. Ohne Förderrichtlinie allerdings könne kein Geld ausgegeben werden, selbst wenn man es in den Haushalt einstelle.

LR Nahrstedt erläutert, dass der Beschluss ein Startschuss nach Außen sein soll. Die Arbeitsgruppe soll so schnell wie möglich an der Förderrichtlinie arbeiten.

KTA Glodzei kann das Signal der CDU/Wald-Fraktion, wenn dieser TOP von der Tagesordnung genommen werden soll, nicht verstehen.

Vors. Fricke lässt zunächst darüber abstimmen, ob TOP 10 von der Tagesordnung genommen werden

soll. Der Antrag wird bei Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Es wird darüber abgestimmt, ob TOP 17 und TOP 23 in der Diskussion zusammengelegt werden sollen. Bei Gegenstimmen und 3 Enthaltungen wird auch dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Die Tagesordnung wird unverändert festgestellt.

TOP-Nr. 4 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 14.03.2016

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Das Protokoll wird in Form und Inhalt genehmigt.

TOP-Nr. 5 Sachstandsbericht zur Unterbringung von Flüchtlingen im Landkreis Lüneburg

LR Nahrstedt berichtet, dass die Flüchtlingszahlen für Niedersachsen und damit auch für den Landkreis Lüneburg gesunken seien. Derzeit seien es täglich zwischen 50 und 300 Personen, die nach Niedersachsen kommen bzw. verlegt werden, teilt das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport mit. Die Auswirkung zeige sich auch bei den Unterkünften im Rahmen der Amtshilfe. Im Olympischen Dorf in Lüneburg seien noch 33 Personen untergebracht und in Sumte im Amt Neuhaus noch 56 Personen. Zum 1.10.16 wird die Unterbringung in Sumte ganz auslaufen. Im Landkreis Lüneburg habe man nach dem Asylbewerberleistungsgesetz rund 1.600 Personen im Landkreis und 950 in der Hansestadt Lüneburg, also insgesamt rund 2.500 Personen untergebracht. Damit habe der Landkreis Lüneburg seine Quote von 2,3 %, die er bis zum 31.07.16 zu erfüllen hatte, bereits erreicht.

Fraglich sei, mit welchen weiteren Flüchtlingszahlen man in diesem Jahr zusätzlich rechnen müsse. Der Ministerpräsident und Experten rechnen mit 400.000 Flüchtlingen statt 2 Mio. Flüchtlingen, darunter seien viele Zuzüge von Familienangehörigen. Die Staatskanzlei und das Bundeskanzleramt verhandeln derzeit über die Mehrkosten für die Unterkünfte. Der Bund könnte dann 2016 400 Mio. Euro zur Verfügung stellen, 2017 900 Mio. Euro und 2018 1,3 Milliarden Euro.

Es werde in Absprache mit den Hauptverwaltungsbeamten eine Wohnraumvermittlungsstelle für den Landkreis Lüneburg eingerichtet, Ansprechpartnerin werde Frau Kahlert sein.

-5-

TOP-Nr. 6 Mitteilung über die Änderung des Fraktionsnamens der

CDU/Bündnis21 RRP vom 15.04.2016
Vorlage: 2016/110

Der Kreistag nimmt Kenntnis. Die neue Fraktionsbezeichnung lautet „CDU/Wald-Kreistagsfraktion“.

TOP-Nr. 7 Feststellung der Beendigung des Beamtenverhältnisses der
Kreisrätin Monika Scherf
Vorlage: 2016/085

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Das Beamtenverhältnis auf Zeit der Kreisrätin Frau Monika Scherf beim Landkreis Lüneburg endete mit Ablauf des 31.03.2016 kraft Gesetzes, da sie mit Wirkung vom 01.04.2016 in ein Beamtenverhältnis auf Zeit beim Landkreis Harburg berufen wurde.

TOP-Nr. 8 Besetzung der Stelle der Kreisrätin/des Kreisrats zum
01.09.2016/01.10.2016
Vorlage: 2016/134

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Enthaltungen

Beschluss:

Frau Sigrid Vossers, geb. am 1. April 1972, wird für eine 8-jährige Amtszeit vom 01.09.2016 bis zum 31.08.2024 zur Kreisrätin gewählt. Sie wird in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen und in eine Planstelle der Besoldungsgruppe B 4 Bundesbesoldungsordnung eingewiesen.

Diskussionsverlauf:

LR Nahrstedt erläutert die Sitzungsvorlage. Am 18.11.2015 wurde die Stelle des Kreisrats/der Kreisrätin ausgeschrieben. Aufgrund der nur in geringer Anzahl eingegangenen Bewerbungen erfolgte eine bundesweite Ausschreibung mit einer Bewerbungsfrist zum 18. März 2016. Insgesamt gingen 34 Bewerbungen ein. Am 11. April 2016 fand ein Abstimmungsgespräch zwischen den Fraktionsvertretern und ihm statt. Am 2. Mai 2016 wurden sechs Bewerberinnen und Bewerber zum Vorstellungsgespräch eingeladen. Bei dem Gespräch waren Fraktionsvertreter dabei und die Meinungsabfrage habe eine große Mehrheit für eine Bewerberin ergeben. Zuvor wurde der Wunsch geäußert, die Bewerberin in die Fraktionen einzuladen und kennenzulernen. Aus den Fraktionen kamen nur positive Rückmeldungen. Daher schlage er nun Frau Sigrid Vossers für eine 8-jährige Amtszeit vom 01.09.2016 bis zum 31.08.2024 für die Wahl zur Kreisrätin vor.

KTA Blume berichtet, dass Frau Sigrid Vossers zu einer Fraktionssitzung der CDU/Wald-Fraktion

eingeladen wurde und die Fraktion sie als sehr netten, kommunikativen und sympathischen Menschen wahrgenommen habe. Die CDU/Wald-Fraktion stimmt zu.

KTA Kruse-Runge verkündet, dass die Fraktion Die Grünen sehr gerne zustimme. Hochqualifizierte Frauen an der Spitze einer solchen Verwaltung sehe ihr Fraktion gern. Die Fraktion wünsche Frau Vossers eine „gute Hand bei allen Aufgaben“.

KTA Kamp ist überzeugt davon, dass der Landkreis Lüneburg mit Frau Vossers eine sehr qualifizierte Mitarbeiterin gewonnen habe. Sie werde sich nicht davor scheuen, Probleme anzupacken. Es war eine gute Entscheidung, die Stelle nochmals auszuschreiben.

KTA Stoll erinnert, dass die Fraktion Die Linke nicht glücklich über den Verlust der Vorgängerin war. Nun war er in der Vorstellung positiv überrascht von Frau Vossers, welche sich als geeignete Nachfolgerin vorstellte. Er wünscht sich eine gute Zusammenarbeit.

KTA Plaschka erläutert, dass auch die FDP sich darüber einig war, dass Frau Vossers mit Abstand die beste Wahl für die Stelle sei. Sie zeigt sich erfreut darüber, dass man wieder eine weibliche Kreisrätin gefunden habe, die ein gutes Alter habe, viel Erfahrung mitbringe und gewiss auch neue Ideen und Impulse setzen werde. Sie wünsche ihr einen guten Start sowie viel Kraft und Mut über die Jahre.

KTA Gödecke verkündet, dass die Unabhängigen sich aufgrund der überzeugenden Qualifikation für Frau Vossers entschieden haben.

LR Nahrstedt bringt seine Freude über die breite Zustimmung aller Fraktionen zum Ausdruck. Er betont, wie wichtig es sei, Frauenförderung nach vorne zu bringen. Er bittet um kraftvolle Zustimmung.

Vors. Fricke lässt über den Vorschlag abstimmen. Der Beschlussvorschlag wird einstimmig bei 3 Enthaltungen angenommen.

Zuvor weist Vors. Fricke darauf hin, dass es sich um eine Wahl handelt. Gewählt wird schriftlich. Steht nur eine Person zur Wahl, wird durch Zuruf oder Handzeichen gewählt (§ 67 NKomVG), wenn niemand widerspricht. Es widerspricht niemand, so dass Vors. Fricke um das Handzeichen bittet.

Frau Sigrid Vossers bedankt sich für die breite Zustimmung. Sie freue sich sehr auf die Zusammenarbeit mit Kreistag und Verwaltung in den nächsten Jahren und sei sehr froh über das in sie gesetzte Vertrauen.

-3-

TOP-Nr. 9 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016
(im Stand der 1. Aktualisierung vom 07.06.16)
Vorlage: 2016/127

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die vorgelegte 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Lüneburg für das Haushaltsjahr 2016 mit dem fortgeschriebenen Investitionsprogramm wird unter Berücksichtigung der empfohlenen Änderungen für das Haushaltsjahr 2016 beschlossen.

Diskussionsverlauf:

KVOR Wiegert erläutert die Vorlage. Für die Kreissiedlungsgesellschaft, die wettkampfgerechte Sporthalle

sowie den Breitbandausbau sollen Finanzmittel bereitgestellt werden. Er weist darauf hin, dass mit dem Beschluss der Nachtragshaushaltssatzung noch nicht die darin enthaltenen Projekte beschlossen werden. Insgesamt soll bei der wettkampfgerechten Sporthalle ein Zuschuss von 3 Mio. Euro gewährt werden. Für die Gründung einer Kreissiedlungsgesellschaft sollen noch in 2016 500.000 Euro bereitgestellt werden. Alles in allem ändere sich der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von rd. 11, 2 Mio. Euro auf rd. 28,1 Mio. Euro. Er bittet um Zustimmung.

KTA Dr. Bonin nennt dies einen Nachtragshaushalt mit „riesiger Reichweite“. Es seien große Projekte, die zwar erhebliche Risiken beinhalten, aber er blicke positiv in die Zukunft. Im Bereich Sport und bei Events könne man bei der wettkampfgerechten Sporthalle auf Erfahrung setzen. Ein weiteres Ziel sei es, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Auch beim Breitbandausbau gehe es nicht ohne Risiken. Alles in allem sei dies ein Nachtragshaushalt mit Risiken, aber auch mit erheblichen Chancen. Er stimmt dem Nachtragshaushalt zu.

KTA Dubber gibt bekannt, dass sich die CDU/Wald-Fraktion gewünscht hätte, dass man bessere Prioritäten setze und die Finanzplanung für die Zukunft überdenke. Seine Fraktion sehe die Risiken, aber auch die Chancen. Deshalb werde die Fraktion zustimmen.

KTA Plaschka findet, dies seien große, extrem wichtige und teure Vorhaben. Aber die Gruppe FDP/Die Unabhängigen trage sie mit, weil sie zukunftsweisend eine positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landkreises ermöglichen.

KTA Kruse-Runge glaubt daran, dass man beim Thema Breitband ein gutes Ergebnis vor Augen habe, nämlich die zukunftssträchtige Versorgung der Fläche. Die Grüne-Fraktion stimme dem Nachtrag zu.

KTA Stoll meint, dass ein Nachtragshaushalt immer schmerze, aber die „Bauchschmerzen“ der Fraktion bei diesem Nachtragshaushalt mit den genannten Projekten überschaubar seien.

KTA Heuer freut sich, dass er dem Breitbandausbau sowie der wettkampfgerechten Sporthalle zustimmen könne.

Er stellt eine Frage zur Beteiligung der Kreissiedlungsgesellschaft.

EKR Krumböhrer antwortet, dass die eingestellten 500.000 Euro im Nachtragshaushalt die Kapitalbeteiligung an der Gesellschaft darstellen. Weitere 500.000 Euro seien bereits Teil des regulären Haushalts 2016.

-10-

**TOP-Nr. 10 Wohnbauförderung durch den Landkreis Lüneburg
(im Stand der 1. Aktualisierung vom 07.06.16)
Vorlage: 2016/106**

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 17 Enthaltungen

Beschluss:

Der Landkreis Lüneburg stellt im Rahmen der Wohnbauförderung einen Förderbetrag in Höhe von 500.000,00 € zur Verfügung. Die Vergabe erfolgt auf Grundlage der von einer Arbeitsgruppe vorzubereitenden Förderrichtlinie.

Die Arbeitsgruppe setzt sich wie folgt zusammen:

SPD-Fraktion – 2 Mitglieder –

KTA Kamp, KTA Dr. Bonin

CDU/Wald-Fraktion – 2 Mitglieder –

KTA Heuer, KTA Blume

Linke-Fraktion – 1 Mitglied –

KTA Stoll

Grüne-Fraktion – 1 Mitglied –

KTA Bauschke

Die Unabhängigen-Fraktion – 1 Mitglied –

KTA Gödecke

FDP-Fraktion – 1 Mitglied –

KTA Plaschka

Diskussionsverlauf:

Vors. Fricke gibt bekannt, dass TOP 10 und TOP 11 gemeinsam diskutiert und hinterher getrennt abgestimmt werden.

LR Nahrstedt erinnert, dass im Sommer 2014 Bund, Länder, die kommunalen Spitzenverbände sowie auch Vertreter der Wohnungsbauwirtschaft die Initiative „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ beschlossen haben. Er bittet, dass hier und heute positiv darüber entschieden werde. Die Arbeitsgruppe werde das Projekt zum bezahlbaren Wohnraum erfolgreich abschließen. Er bitte auch um Zustimmung zur Kreissiedlungsgesellschaft. Gerade in einer Wachstumsregion wie Lüneburg müsse bezahlbarer Wohnraum entstehen. Dies sei auch ein Signal für eine vernünftige Kreisentwicklung.

KTA Kamp freut sich, dass TOP 10 wie vorgesehen behandelt werde. Man habe sich schon vor einem Jahr Gedanken darüber gemacht, wie man bezahlbaren Wohnraum schaffen könne. Er plädiert dafür, dies schnellstmöglich zu realisieren. Die Gründung einer Kreissiedlungsgesellschaft sei dabei ein wichtiges Instrument. Diesen beiden wichtigen Vorlagen stimmt die SPD-Fraktion zu.

KTA Heuer erklärt, dass letzte Woche im Fachausschuss über das Thema beraten wurde. Man habe über die Richtlinie der Hansestadt Lüneburg beraten und dabei festgestellt, dass vieles doch anders gesehen werde, als dort geregelt sei. Man habe sich darauf verständigt, dass die Verwaltung die entwickelten Ideen zusammenfasse und vorlege, damit in den Fraktionen nochmals beraten werden könne. Möglicherweise seien die Summen, die in der Richtlinie genannt wurden nicht ausreichend und sollten weiter gefasst werden. Es gebe dort auch eine bestimmte Quote, wieviel überhaupt förderfähig sei. Es gebe viele Fragen und noch wenig Antworten. Es sei daher schwierig, heute einen Beschluss zur Förderrichtlinie zu fassen, weil der Inhalt noch nicht feststehe. Er betone, dass die CDU/Wald-Fraktion nicht gegen die Wohnraumförderung sei.

Vors. Fricke macht deutlich, dass mit diesem Beschluss nur die Arbeitsgruppe zur Erarbeitung einer Richtlinie gebildet werde. Diese erarbeite die Richtlinie, welche dann nochmals durch den Kreistag beschlossen werden müsse.

KTA Stoll erläutert, dass nach Jahren der Stagnation auf dem Sektor des sozialen Wohnungsbaus es nun dringend geboten sei, dass bezahlbarer Wohnraum bereitgestellt werde. Beide Vorlagen werde die Fraktion Die Linke unterstützen.

KTA Bauschke empfindet die heutige Diskussion als Fortschritt. Denn vor fünf Jahren hieß es noch, dass man gegen die Wohnraumknappheit kommunal nichts ausrichten könne. Wie man heute sehen könne, gehe es doch. Nach ersten prognostischen Aussagen müsse man für den Landkreis Lüneburg bis 2030 mit einer Bevölkerungswachstumsquote von 7 bis 8 % rechnen. Sie sei froh, dass nach nunmehr fünf Jahren Bewegung in das Thema gekommen sei.

KTA Gödecke schließt sich der Meinung an, dass Wohnungsknappheit dort herrsche, wo es eine gute Infrastruktur gebe, nämlich in Lüneburg und Umgebung. Man müsse ein Gesamtkonzept erarbeiten, damit die anderen Gemeinden, welche eine nicht so gute Infrastruktur haben, von dem Wohnungsbauprojekt profitieren. Die Gruppe FDP/Die Unabhängigen stimme beiden Vorlagen zu.

KTA Plaschka findet, dass es ein schwerer Fehler war, sich als Staat aus dem sozialen Wohnungsbau herauszuhalten. Daraus habe der Kreistag lernen können. Gerade für junge Familien, Berufsanfänger und Studenten sollte etwas getan werden. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung.

KTA Dr. Bonin mahnt zur Schnelligkeit in der Sache, denn Bund und Land haben Mittel dafür ausgelobt. Miteinander werde man Ideen entwickeln.

KTA Blume geht ebenfalls davon aus, dass man das zügig hinbekomme. Die Auswirkungen der Förderung im Bereich der Hansestadt und Umgebung müsse man im Auge behalten und auch die Bereiche, wo die Siedlungsstruktur nicht übermäßig stark sei. Es sei nicht so, dass Wohnraum überall gleich knapp sei. Man müsse sich das Mietpreisniveau im Kreis genau ansehen. Es gebe sechs Gemeinden, in denen die durchschnittliche Kaltmiete pro Quadratmeter unter 5,60 Euro liege. Man müsse sehr genau darauf achten, dass man durch die gut gemeinte Förderung der Hansestadt Lüneburg und Umgebung die Probleme in den wachstumsschwächeren Gemeinden nicht verstärke. Darum Sorge er sich. Er wünscht sich, dass man in dieser Hinsicht mit Feingefühl vorgehe und glaubt, dass das auch gelingen werde.

KTA Glodzei kann noch nicht sehen, was dies für die Förderrichtlinie für eine Bedeutung habe. Es gehe hier um Wohnbauförderung und nicht um die Beschließung eines Strukturentwicklungsfonds. Seiner Ansicht nach sollte bezahlbarer Wohnraum dort geschaffen werden, wo er benötigt werde.

-5, EKR-

TOP-Nr. 11 Gründung einer Kreissiedlungsgesellschaft **Vorlage: 2016/104**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Landrat wird beauftragt, die Gründung einer Kreissiedlungsgesellschaft unter Einbindung der zum TOP Wohnbauförderung eingerichteten Arbeitsgruppe vorzubereiten.

TOP-Nr. 12 Wettkampfgerechte Sporthalle **(im Stand der 1. Aktualisierung vom 02.06.2016)** **Vorlage: 2016/144**

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 6 Enthaltungen

Beschluss:

Der Landrat wird beauftragt, die weiteren Vorbereitungen für eine wettkampfgerechte Sporthalle auf der Basis der nachfolgenden Sachdarstellung und den im AFP mündlich vorgetragenen Ergänzungen

voranzutreiben. Unterschriftsreife Verträge sollen dem Kreistag zu einer Sondersitzung am 22.08.2016 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Diskussionsverlauf:

LR Nahrstedt erläutert die Vorlage. Für die wettkampfgerechte Sporthalle sei ein zentraler Standort wichtig. Die Verwaltung habe in der Vorlage aufgezeigt, wie die Kosten einer solchen Halle aussehen könnten. Man habe sich darauf geeinigt, bestimmte Beträge bekannt zu geben und stehe mit einer Objektgesellschaft in Verhandlung. Zu klären sei noch, ob die Halle nach 20 Jahren in Eigentum des Landkreises Lüneburg übergehe. Die Frage der Grundstückskosten sei zu klären. Er bittet heute um Zustimmung zum Beschlussvorschlag, damit der Landkreis Lüneburg weiter verhandeln könne. Damit der Kreistag der noch laufenden Wahlperiode entscheiden könne, gelte es, weiter voranzukommen. Am 15.07.16 werde er die Fraktionsvorsitzenden einladen. Vernünftige Verträge brauche man, um am 09.08.16 im AFP eine Beschlussempfehlung zu erreichen. Wenn man sich über die Verträge nicht einig werde, werde er den Sonderkreistag am 22.08.16 nicht stattfinden lassen. Ihm sei eine von allen getragene Beschlusslage wichtig.

KTA Köhlbrandt spricht sich für den Bau einer wettkampfgerechten Sporthalle aus, weil sie wichtig für die gesamte Region sei. Man brauche für Schul- und Spitzensport sowie für kulturelle Veranstaltungen eine Halle in der Region. Er hofft, dass die Zahlen so genehmigt werden. Der gewählte Standort sei ideal. Es könne von den Parkplätzen der Nachbargrundstücke partizipiert werden. Er wünsche sich eine einstimmige Entscheidung.

KTA Perschel schließt sich der Meinung KTA Köhlbrandts an. Die CDU/Wald-Fraktion stehe voll hinter der Halle. Er erinnert an die Schließung der Nordlandhalle, dies war der Verlust eines wichtigen Veranstaltungsortes innerhalb der Region Lüneburg. Seit zwei Jahren habe der Landkreis mit der Volleyballmannschaft auf Bundesliganiveau einen echten Bedarf. Je mehr Details bereits zu der Halle genannt werden können, umso besser, so KTA Perschel. Seine Fraktion wünscht LR Nahrstedt und seinem Team viel Erfolg bei den Verhandlungen.

KTA Bauschke spricht sich für die Förderung des Sports aus. Gleichwohl zeigt sie sich verwundert darüber, dass die CDU bei diesen 10,5 Mio. Euro keine „Bauchschmerzen“ mehr habe, wo doch das Finanzierungskonzept nicht ganz geklärt sei. Ganz vorbehaltlos können die Grünen dem Konzept nicht zustimmen. Man müsse das Ergebnis der weiteren Verhandlungen abwarten. Dies bedeute nicht, dass die Grünen keine Halle wollen.

KTA Jaschke stimmt im Namen der Fraktion Die Linke vorbehaltlos dem Bau einer Eventhalle zu. Es sei unmöglich, als Lüneburger größere Events und Veranstaltungen in der eigenen Region zu besuchen. Der Bau einer Halle wäre somit auch eine kulturelle Bereicherung für die Region. Bei der Frage der Parkplatzsituation sehe seine Fraktion allerdings noch Handlungsbedarf.

KTA Kruse-Runge freut sich, dass die Verhandlungen vorangehen und sie ist frohen Mutes für die nächsten Termine. Man sollte dabei genau prüfen, was die Festlegung auf 20 Jahre langfristig im Hinblick auf die energetische Ausgestaltung wirklich bedeute, damit sich die Folgekosten für den Landkreis Lüneburg möglichst positiv darstellen. Dann stimme die Fraktion Die Grünen auch zu.

KTA Niemann bezeichnet diese Sporthalle als richtigen und wichtigen Schritt für die Zukunft des Landkreises Lüneburg. Er stimmt ebenfalls zu.

-LR-

TOP-Nr. 13 Erwerb weiterer Aktien der Süderelbe AG
Vorlage: 2016/128

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Zur Sicherung des Leistungsangebots der Süderelbe AG in den definierten Handlungsfeldern erwirbt der Landkreis Lüneburg in den Jahren 2016 und 2017 jeweils sieben weitere Gesellschaftsanteile in Form von Stammaktien. Die an die Süderelbe AG zu zahlenden Aktionärsbeiträge erhöhen sich in den Folgejahren entsprechend des neuen Kapitalanteils. Die Zeichnung der Aktien erfolgt nur, soweit alle Hauptaktionäre einen entsprechenden höheren Beitrag an die Süderelbe AG leisten.

Der außerplanmäßigen Auszahlung für den Erwerb der Aktien im Haushaltsjahr 2016 in Höhe von 7.000 Euro wird gemäß § 117 Absatz 1 Nds. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) zugestimmt.

Diskussionsverlauf:

LR Nahrstedt erläutert die Vorlage. Er erinnert daran, dass eine große Hamburger Sparkasse als Träger ausgestiegen sei. Er prognostiziert, dass die Förderbeiträge in den kommenden Jahren wieder steigen werden. Es müssten alle Hauptaktionäre zustimmen. Er bittet daher um Zustimmung.

KTA Heuer stimmt zu. Er weist dazu auf den Vortrag von Herrn Dr. Krüger in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses hin. Es wäre schade, wenn nicht alle Hauptaktionäre der Region zustimmen würden.

LR Nahrstedt erläutert, dass an den Vorgesprächen eine Sparkasse aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen konnte. Alle anderen haben zugestimmt. Deswegen habe man gesagt, die Zustimmung aller sei erforderlich.

KTA Salewski findet, dass der Vortrag in der Wirtschaftsausschusssitzung über das neue Konstrukt der Süderelbe AG gut und positiv dargestellt war. Die SPD werde der Vorlage so zustimmen. Herr Dr. Krüger habe den Draht zu den Wirtschaftsförderern der Region gefunden und er arbeite mit diesen konstruktiv zusammen. Der Schwerpunkt werde die Wirtschaftsförderung sein.

-10-

TOP-Nr. 14 Standortfrage der Betriebshöfe; Neubau eines zentralen
Betriebshofes (im Stand der 1. Aktualisierung vom 20.04.2016)
Vorlage: 2016/075

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Dem Vorschlag, für den Eigenbetrieb Straßenbau und -unterhaltung einen neuen zentralen Betriebshof in Scharnebeck zu bauen, wird zugestimmt. Die Betriebsleitung wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten und Verhandlungen zum Kauf eines geeigneten Grundstücks zu führen.

Diskussionsverlauf:

LR Nahrstedt erläutert die Vorlage. Nachdem sich der Betriebs- und Straßenbauausschuss mit der Standortfrage befasst habe, kam als Ergebnis ein zentraler Betriebshof in Scharnebeck heraus. Bei der letzten Sitzung habe die CDU/Wald-Fraktion ihre Zustimmung davon abhängig gemacht, dass man dieses Ergebnis mit den Bürgermeistern abstimme. Diese Abstimmung sei erfolgt. Er bittet um Zustimmung.

KOAR Seegers legt die Kostenberechnung zu den Baukosten ausführlich dar. Im Ergebnis wäre die zentrale Variante knapp 17 % günstiger als die dezentrale Lösung. Die zentrale Variante sei wirtschaftlich günstiger und flexibler beim Ressourceneinsatz von Personal, Geräten und Fahrzeugen.

KTA Gründel dankt KOAR Seegers für die Erläuterungen und die gute Vorbereitung. Es werde keinen Personalabbau geben. Diese Entwicklung mit dem neuen Standort biete eine große Chance. Zwei Standorte seien seiner Ansicht nach unsinnig. Die SPD-Fraktion stimmt der Vorlage zu.

KTA Kastens erläutert, dass man sich nun jahrzehntelang an zwei Bauhöfe gewöhnt habe. Beide Bauhöfe genügen allerdings den heutigen Anforderungen nicht mehr. Die intensiven Gespräche der SBU-Leitung mit den Gemeinden habe seine Fraktion begrüßt. Daher könne die CDU/Wald-Fraktion zustimmen.

KTA Bollmann führt aus, dass auch er anfangs der Idee eines Betriebshofs an nur einem Standort mit Skepsis begegnet sei. Doch das Ganze sei nun sogar günstiger auf das Jahr gerechnet. Er bedankt sich für die detaillierte Vorlage und die gründliche Vorarbeit.

KTA Jaschke bezeichnet den Eigenbetrieb Straßenbau und –unterhaltung als kommunales Erfolgsprojekt. Es sei notwendig und wichtig, dass der Bauhof in der Mitte des Landkreises in Scharnebeck gebaut werde.

KTA Neumann stimmt dem zu. Auch Bleckede hatte anfangs Bedenken gegen die Zentralisierung des Bauhofs. Nach den zahlreichen und detaillierten Informationen von Herrn Seegers, den Gesprächen mit den Gemeinden und in den Fachausschusssitzungen wurde festgestellt, dass die Winterversorgung durch den zentralen Standort flächendeckend gesichert sei. Sie könne dem Beschlussvorschlag zustimmen.

-SBU-

**TOP-Nr. 15 Vertretung des Landkreises Lüneburg im Aufsichtsrat der
Hamburger Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: 2016/083**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Herr Landrat Manfred Nahrstedt wird für weitere fünf Jahre in den Aufsichtsrat der Hamburger Verkehrsverbund GmbH (HVV GmbH) entsandt.

**TOP-Nr. 16 Änderung der Unternehmenssatzung der GfA Lüneburg gkAöR
Vorlage: 2016/082**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der vorgeschlagenen Änderung der Unternehmenssatzung der GfA Lüneburg gkAöR wird zugestimmt.

Vor Änderungen unterrichten sich Hansestadt und Landkreis Lüneburg gegenseitig.

TOP-Nr. 17 Einrichtung von Ausbildungsplätzen zum 01.08.2017
Vorlage: 2016/090

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Einrichtung der folgenden Ausbildungsplätze wird beschlossen:

- 3 Anwärterinnen/Anwärter der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt
- 3 Auszubildende für den Beruf der/des Verwaltungsfachangestellten

Diskussionsverlauf:

KTA Rehfeldt begrüßt die Schaffung der Anwärter- und Ausbildungsplätze. Er hoffe, dass die demographische Entwicklung in der Verwaltung Berücksichtigung finde und die altersbedingten Veränderungen zukünftig ausgeglichen werden können.

KTA Plaschka stimmt der Vorlage zu. Sie weist darauf hin, dass die öffentliche Hand eigentlich noch vorbildhafter sein sollte. Wenn man bedenkt, dass bei der Kreisverwaltung 600 Mitarbeiter beschäftigt seien, seien 6 Ausbildungsplätze relativ wenig. Es könnten mehr Anstrengungen unternommen werden.

KTA Dammann plädiert für neue Wege bei der Besetzung von freien Ausbildungsplätzen. Dabei sollte mehr auf die Persönlichkeit der Bewerber eingegangen werden. Der Landkreis Lüneburg hatte in der Vergangenheit Schwierigkeiten, die Ausbildungsplätze zu besetzen. Alles müsse dafür getan werden, dass sich geeignete Bewerber finden. Für ihn sei gesunder Menschenverstand wichtiger als eine gute Zensur. Der Landkreis Lüneburg sollte bei Auswahl Schwierigkeiten selber aktiv werden.

EKR Krumböhrer merkt an, dass es bei dem Auswahlverfahren nicht nur um Noten gehe, sondern dass auch auf die Persönlichkeit der Bewerber geschaut werde. Das Problem sei einfach branchenübergreifend. Es fehlen junge Leute.

KTA Kamp stimmt dem zu. Er verweist darauf, dass Ltd. KVD Maul dies im Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung, Personal und innere Angelegenheiten überzeugend dargestellt habe. Wenn Plätze nicht besetzt werden könnten, sollte man im Fachausschuss über neue Möglichkeiten diskutieren.

KTA Führinger berichtet von den Erfahrungen bei der Bewerberauswahl in der Samtgemeinde Scharnebeck. Man könnte doch auch für den Landkreis Lüneburg für die Ausbildungsplätze für Verwaltungsfachangestellte darüber nachdenken, auf das Testverfahren des Personalinstituts beim Landkreis Lüneburg zu verzichten und stattdessen wieder nur auf „gesunden Menschenverstand“ vertrauen.

KTA Stoll stimmt im Namen der Fraktion Die Linke der Beschlussvorlage zu.

LR Nahrstedt erläutert, dass der Landkreis Lüneburg mit dem Personalinstitut in einem fairen Verfahren

die geeignetsten Kandidaten zu finden versuche. Damit möchte sich der Landkreis Lüneburg auch dem Vorwurf der Einflussnahme von persönlichen Beziehungen bei der Bewerberauswahl entziehen.

KTA Führinger stellt klar, dass er diese Überlegung dabei überhaupt nicht gehabt habe. In der Samtgemeinde Scharnebeck werde nicht eingestellt, wer die meisten Beziehungen habe. Es sei vielmehr wichtig abzuwägen, ob die jungen Leute das Ausbildungsziel erreichen und in das Team passen.

-3-

**TOP-Nr. 18 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Lüneburg
Vorlage: 2016/081**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die als Anlage 2 beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Lüneburg wird in der vorliegenden Form beschlossen.

Diskussionsverlauf:

KTA Dr. Bonin lobt das gemeinsame Rechnungsprüfungsamt als Erfolgsmodell und stimmt der Vorlage zu.

-36-

**TOP-Nr. 19 Abberufung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt
Vorlage: 2016/087**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Frau Kreisamtfrau Christel Dalke wird vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalaufsichtsbehörde mit Ablauf des 30.06.2016 als Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes beim Landkreis Lüneburg abberufen.

**TOP-Nr. 20 Subventionierung der Fahrtarife Amt Neuhaus und Tanja
(im Stand der 1. Aktualisierung vom 06.06.2016)
Vorlage: 2016/147**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich

Beschluss:

1. Dem anliegenden Vertrag mit den Fährbetreibern wird zugestimmt. Redaktionelle Änderungen und geringfügige Anpassungen der Zahlungsmodalitäten können verwaltungsseitig vorgenommen werden.
2. Für die Vereine in der Gemeinde Amt Neuhaus wird ein jährliches Budget in Höhe von 7.000 EUR bereitgestellt. Auf Antrag kann die Verwaltung daraus jährliche Pauschalbeträge auszahlen, die auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Aufwandes bei der Benutzung der Fähre entstehen.
3. Dem nachfolgend in der Sachdarstellung dargestellten Konzept wird zugestimmt.

Diskussionsverlauf:

EKR Krumböhrer erläutert die Vorlage. Der Text der Vorlage sei, anders als die Anlage, öffentlich. Die vertraglichen Informationen seien gesetzlich geschützt, denn sie betreffen die betrieblichen Daten der Fährbetreiber. Die Diskussionen haben sich weiterentwickelt und man befinde sich auf der Zielgeraden. Er hoffe, dass der Rat der Gemeinde Neu Darchau dem Vertrag zustimmen werde. Er bedauert, dass es nicht möglich sei, die Fahrkarten auf den Fähren direkt zu verkaufen. Man brauche daher einen neuen Vertriebsweg. Dieser sehe so aus, dass die Jahreskarten im Wesentlichen online verkauft werden. Es werde noch darüber abgestimmt, dass die 10er-Karten an den Tankstellen verkauft werden. EKR Krumböhrer hofft, dass das Ganze zum 1. September 2016 anlaufe.

KTA Kruse-Runge kann sich gut an die langen Verhandlungen mit den beiden Fährbetreibern erinnern. Ihre Fraktion sei sehr froh über die Einigung, welche in vielen Punkten einen erheblichen Fortschritt bringe. Die Grünen stimmen gerne zu.

KTA Kastens spricht sich für die Verbesserung der Fahrtarife aus. Alles auszuhandeln sei leider nicht gelungen, beispielsweise die Ausdehnung der Fahrzeiten. Es sei für viele nicht nachvollziehbar, dass man die Fahrkarten nicht mehr auf den Fähren kaufen könne. Dies sei ein Rückschritt. Die CDU/Wald-Fraktion sei gespannt, mit welchen Tarifen und Absprachen die Fähren zum 1. September 2016 übersetzen werden.

KTA Plaschka lobt, dass die Jahreskarten für die Berufspendler eine enorme Erleichterung sei, da sie nur einmal jährlich an die Karte denken müssten. Die Gruppe FDP/Die Unabhängigen stimmt zu.

KTA Neumann dankt der Verwaltung, insbesondere EKR Krumböhrer für das Führen der schwierigen Verhandlungen. Die Online-Bestellung sei zeitgemäß. Die Vereine sollen auch an den Vergünstigungen teilhaben. Es sei ein gutes Ergebnis erzielt worden.

KTA Stoll bezeichnet dies als ersten Schritt, aber für ihn gebe es noch Einiges, dass man verbessern könnte. Seiner Meinung nach hätte man das Fährpersonal mit einbeziehen sollen. Dass die 10-er Karten nicht auf den Fähren erworben werden, sei aus seiner Sicht in Ordnung.

KTA Glodzei weist darauf hin, dass LR Nahrstedt und EKR Krumböhrer den an die Verwaltung gestellten Antrag der Gruppe SPD/Grüne abgearbeitet haben. Über längere Fahrzeiten müsse man diskutieren. Die Bezuschussung der Vereine sei ebenfalls Teil des Beschlusses und wunderbar. Er sehe es nicht so, dass die auferlegten Ziele nicht erreicht wurden. Auch er bedankt sich bei der Verwaltung für die Verhandlungen.

KTA Kamp wendet sich an KTA Kastens. Er wüsste nicht, an welcher anderen Stelle man mit 250.000 Euro ähnlich viel bezuschusst habe, um die Infrastruktur zu verbessern. Er dankt EKR Krumböhrer für das gute Ergebnis.

KTA Gödecke verweist auf eine Potentialanalyse für das Amt Neuhaus. Nach dieser stehen die Anpassung der Taktung, längere tägliche Betriebszeiten und Einbeziehung des HVV noch aus. Man müsse zumindest über längere Betriebszeiten der landkreiseigenen Fähre nachdenken. Der Landkreis Lüneburg trage dafür die Verantwortung.

LR Nahrstedt erläutert, dass die Potentialanalyse aufzeige, wo die Chancen dieser Einheitsgemeinde liegen. Der Landkreis Lüneburg sei längst dabei zu überprüfen, was sich von den dort genannten Punkten

umsetzen lasse.

-EKR-

**TOP-Nr. 21 Veränderung von Struktur und Gremien der Metropolregion
Hamburg;
Abschluss eines neuen Kooperationsvertrages
Vorlage: 2016/135**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

- a) Dem Kooperationsvertrag über die Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und der Satzung des Projektbüros Metropolregion Hamburg e. V. wird zugestimmt.
- b) Der Landkreis Lüneburg beteiligt sich weiterhin an den notwendigen Geschäftsstellenkosten.

Diskussionsverlauf:

LR Nahrstedt erläutert die Vorlage. Die Metropolregion Hamburg wächst und erweitert sich um die Landeshauptstadt Schwerin. Die Fusion der Landkreise Ludwigslust und Parchim habe stattgefunden und nun komme auch aus dem Landkreis Ludwigslust-Parchim der Teil Parchim hinzu und die IHK komme auch hinzu, sodass der Kooperationsvertrag geändert werden musste. Er bittet um Zustimmung zur Vorlage.

-01.40-

**TOP-Nr. 22 Antrag der Gruppe SPD und Grüne vom 28.02.16 (Eingang: 29.02.16);
Radschnellweg zur Verbindung der Heide-Region mit der Elbe-
Region
Vorlage: 2016/061**

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

1. Der Landrat wird beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit Kommunen im Landkreis eine **Machbarkeitsstudie** für **Radschnellwege** im Raum Lüneburg und direkt angrenzender Gemeinden mit Potenzial für eine deutliche Intensivierung des Radverkehrs (z.B. Scharnebeck, Adendorf, Reppenstedt, Bardowick) erstellen zu lassen. Sie soll Möglichkeiten für die Planung und Realisierung darlegen.
2. Vorrangig ist ein Radfernweg, der die **Heide-Region** mit der **Elbe-Region** verbindet, zu untersuchen. Dieser Radfernweg soll direkt aus dem Naturschutzgebiet Lüneburger Heide über Soderstorf und Amelinghausen zum Fernradweg Elbe bei Bleckede und darüber hinaus über Amt Neuhaus bis weiter zum Bahnhof Brahlstorf verlaufen. Er sollte idealerweise aus Fahrradstraßen wie aus breiten Fahrradwegen, die auch für eine gefahrlose Nutzung durch schnellere Pedelecs geeignet sind, bestehen. Dabei ist als zentraler Knotenpunkt der **Hauptbahnhof Lüneburg** zu berücksichtigen. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Radweg-Lückenschluss zwischen Neetze und dem Zentrum Lüneburg zu.
3. In den Auftrag für ein „integriertes Verkehrsgutachten für den Landkreis Lüneburg“ soll eine

entsprechende Untersuchung aufgenommen werden. Auch dadurch soll Radverkehr als Teil des **Modal Splits** einbezogen werden.

Diskussionsverlauf:

KTA Glodzei begründet den Antrag und bittet um Zustimmung.

KTA Köhlbrandt ergänzt, dass sich die Arbeitsgruppe „Fahrradfreundlicher Landkreis Lüneburg“ nach der Sommerpausen treffen werde und das Konzept erörtern werde. Er bittet um Zustimmung.

KTA Kastens stimmt dem Antrag im Namen der Fraktion CDU/Wald zu. Bevor man sich der Idee eines Radschnellweges widmen könne, müsse man sich mit der Koordination befassen. Es gebe noch viel Abstimmungsbedarf und der Straßenbauausschuss müsse zwingend mit eingebunden werden.

KTA Jaschke stellt dar, dass man einige der schönsten Radwanderwege Deutschlands an Elbe und Heide vor Ort habe. Man müsse diese Wege erweitern, um die Attraktivität der Region zu erhalten. Die Linke stimme dem Antrag zu.

KTA Gödecke sieht in diesem Antrag seine Idee aus dem letzten Jahr aufgegriffen. EKR Krumböhrer könnte den Landkreis Harburg nach seinen Erfahrungen mit dem fertigen Konzept befragen. Der Bahnhof Brahlstorf sei im Übrigen nicht die Zuständigkeit des Landkreises Lüneburg, sondern die von Mecklenburg-Vorpommern.

EKR Krumböhrer antwortet, dass alle Beteiligten dasselbe Ziel verfolgen und man die Koordination gemeinsam planen müsse. Der Landkreis Lüneburg stehe in Kontakt mit der Mecklenburg-Vorpommerschen Seite.

KTA Dammann erinnert sich daran, dass dem Landkreis Lüneburg die Eisenbahnstrecke Brahlstorf-Neuhaus einst gehörte.

LR Nahrstedt stellt klar, dass dies nicht die alte Bahnstrecke sei. Hier gehe es um die Verlängerung einer Landesstraße. Das Problem sei, dass ein Teil der Straße über einen Damm führe. Beide Länder seien darüber in Verhandlungen.

-01.40-

TOP-Nr. 23 Antrag der Gruppe FDP/Die Unabhängigen vom 26.02.16 (Eingang: 29.02.16); Sicherung der Nachwuchsgewinnung und Förderung der interkulturellen Öffnung der Kreisverwaltung
Vorlage: 2016/067

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Gegenstimme und Enthaltungen

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Diskussionsverlauf:

KTA Plaschka begründet den Antrag. Es sei mehrfach darauf hingewiesen worden, wie schwierig die Nachwuchsgewinnung sich beim Landkreis Lüneburg gestalte. Wenn man ein Konzept habe und neue

Wege beschreitet, lösen sich die Probleme möglicherweise von selbst. Sie bittet um Zustimmung.

KTA Kruse-Runge lehnt den Antrag ab. Die Verwaltung habe im Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung, Personal und innere Angelegenheit mehrfach versichert, dass der Antrag überholt sei und dies ausreichend begründet.

-3-

**TOP-Nr. 24 Antrag der Gruppe SPD/Grüne vom 05.06.16 (Eingang: 06.06.16);
Unterstützung der Bildungs- und Schulaufklärungsarbeit über
sexuelle Orientierung und geschlechtliche Vielfalt an Schulen des
Landkreises
Vorlage: 2016/154**

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei Enthaltungen

Beschluss:

Der Lüneburger Kreistag unterstützt die vielfältigen Maßnahmen der Schulen des Landkreises zur Bildungs- und Aufklärungsarbeit über sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Vielfalt. Ziel ist ein frühzeitiger und nachhaltiger Abbau von Diskriminierungen bzw. bestehenden Vorurteilen.

Im Rahmen eines Projektes, zunächst begrenzt auf drei Jahre, sollen landkreiseigene Schulen auf freiwilliger Basis ab dem 7. Jahrgang für diese Bildungs- und Schulaufklärungsarbeit eine konkrete Unterstützungsoption wahrnehmen können.

Im Schulausschuss vom 11.2.2016 hat der Verein „SchLAu Lüneburg e. V.“ überzeugend und allgemein zustimmend seine entsprechenden Aktivitäten vorgetragen; siehe Vorlage 2016/009.

Um schon mit Beginn des neuen Schuljahres 2016/2017 bis zum Ende des Jahres 2016 die Unterstützungsoption für die Schulen zu ermöglichen, erhält „SchLAu Lüneburg e.V.“ einen Startzuschuss in Höhe von 3000 €. Über dessen Verwendung und die Ausgestaltung des 3-jährigen Projektes ist im Schulausschuss erneut vorzutragen; und zwar möglichst so, dass ein finanzieller Bedarf in die Beratungen zum Haushalt 2017 aufgenommen werden kann.

Diskussionsverlauf:

KTA Schulz-Hendel begründet den Antrag. Die Schulen müssen einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung und Toleranz leisten. Der Verein SCHLAU Lüneburg e.V. habe im Schulausschuss seine Aktivitäten vorgestellt. Die Mitarbeiter sollen die Schulen ehrenamtlich besuchen. Es gehe nicht darum, für bestimmte Lebensweisen zu werben, sondern um die Vermittlung wertneutraler Informationen bezüglich sexueller Vielfalt. Es herrsche in manchen Teilen der Politik hierzu immer noch ein raues, homophobes Klima und dieser Antrag steuere dagegen. Er bittet um Zustimmung.

KTA Walter beantragt im Namen der CDU/Wald-Fraktion, dass der Antrag in den Schulausschuss verwiesen wird. Es sei immer sinnvoll, erst den Fachausschuss zu beteiligen, wenn Geld in ein Projekt investiert werden soll.

KTA Aden-Meyer zeigt sich erstaunt über diesen Vorschlag der CDU/Wald-Fraktion. Sie spricht sich gegen eine Überweisung in den Schulausschuss aus. Sie könne nicht nachvollziehen, wieso man bei solch einer vergleichsweise geringen Summe die Initiative zurückweist.

KTA Kamp verweist darauf, dass die Initiative bereits im Schulausschuss ausführlich vorgestellt wurde. In dieser Reihenfolge den Antrag zu stellen mache für ihn Sinn. Er bittet daher um Zustimmung.

KTA Stoll zeigt sich erstaunt über den Wunsch, den Antrag in den Schulausschuss zu überweisen. Der nächste Ausschuss tagt nach der Sommerpause erst im September. Die Linke werde dem Antrag zustimmen.

KTA Blume fragt, an welchen Schulen die Aktion gleich nach den Sommerferien beginnen soll.

KTA Peters erläutert, dass Sexualaufklärung ab Klasse 7 in enger Abstimmung der Elternschaft stattfinde. Die weitverbreitete Diskriminierung von Homosexuellen in Schulen soll aufgehoben werden.

KTA Kruse-Runge bringt zum Ausdruck, dass die Fraktionen inhaltlich nicht weit auseinander liegen, es gehe hier eher um die Vorgehensweise. SCHLAU e.V sei bereits lange aktiv und in den Schulen intensiv nachgefragt. Sie bittet um positive Abstimmung.

KTA Schulz-Hendel stellt dar, dass der Verein in vielen Aufklärungsprojekten aktiv sei und momentan restlos ausgebucht sei. Der Verein würde gern mehr machen, wenn ihm die Möglichkeit eröffnet werde.

Vors. Fricke lässt über den Antrag von KTA Walter abstimmen, den Antrag in den Schulausschuss zu überweisen. Dieser wird vom Kreistag mehrheitlich abgelehnt.

-5-

**TOP-Nr. 25 Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 02.06.16 (Eingang: 06.06.16);
Wohnraummaßnahmen des Jobcenters
Vorlage: 2016/155**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Antrag wird zur Vorbereitung an den Ausschuss für Soziales und Gesundheit überwiesen.

Diskussionsverlauf:

KTA Stoll begründet den Antrag und spricht sich für eine Überweisung in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit aus.

-50-

**TOP-Nr. 26 Antrag der CDU/Wald-Fraktion vom 04.06.16 (Eingang. 06.06.16);
Ergänzungsantrag der Gruppe SPD/Grüne vom 19.06.16 (Eingang:
20.06.16);
Unterstützung für die Petition "Sozialpädagogen auch für
Gymnasien"
Vorlage: 2016/157**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Lüneburg unterstützt die Petition „Sozialpädagogen auch für Gymnasien“, die von zahlreichen Elternvertretern an niedersächsischen Gymnasien initiiert worden ist, und stellt sich hinter die Forderung, auch an Gymnasien Schulsozialarbeit sicherzustellen und dazu Planstellen für Sozialpädagogen (m/w) an jedem Gymnasium – auch im Landkreis Lüneburg- abhängig von der Schülerzahl einzurichten.

Die Landesregierung hat die Schulsozialarbeit als Landesaufgabe anerkannt, die Mittel zum neuen Schuljahr aufgestockt und aktuell 500 Stellen für die Schulsozialarbeit in Grundschulen und Sek I-Schulen ausgeschrieben. Außerdem besteht für die Gymnasien und Gesamtschulen die Möglichkeit, Mittel aus dem Ganztagszusatzbedarf für die Einstellung von Schulsozialarbeitern zu verwenden. Die Landesregierung ermöglicht somit bereits mehr Stellen, auch in unserer Region an unseren Schulen.

Diskussionsverlauf:

KTA Walter begründet den Antrag und bittet um Unterstützung.

KTA Mertz verkündet die Unterstützung der SPD-Fraktion.

KTA Aden-Meyer trägt vor, dass die Grüne-Fraktion die Petition gerne mittrage. Es sei richtig, dass die Finanzierung von der rot-grünen Landesregierung übernommen werde. Schulsozialarbeit soll für alle Schulformen da sein. Eine gute Schule gebe es nur mit einer guten Schulsozialarbeit und auch die Ausstattung sei wichtig.

KTA Plaschka empfindet es als gutes Zeichen, dass sich allen Fraktionen bei diesem Thema einig seien. Die Schulsozialarbeit sei an allen Schulen wichtig. Sie dankt der CDU/Wald-Fraktion für diesen Antrag.

-5-

**TOP-Nr. 27 Antrag der CDU/Wald-Fraktion vom 04.06.16 (Eingang: 06.06.16);
Änderungsantrag der CDU/Wald-Fraktion vom 19.06.16 (Eingang:
20.06.16);
Einrichtung einer Begegnungsstätte im ehemaligen Sozialkaufhaus
in Neuhaus
Vorlage: 2016/158**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Antrag wird zur Vorbereitung an den Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung, Personal und innere Angelegenheiten überwiesen.

Diskussionsverlauf:

KTA Blume begründet den Antrag und begrüßt die Überweisung in den Fachausschuss.

-3-

**TOP-Nr. 28 Antrag der CDU/Wald-Fraktion vom 04.06.16 (Eingang: 06.06.16); 3.
Änderung des RROP, Ergänzung der Allgemeinen
Planungsabsichten
Vorlage: 2016/159**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Antrag wird zur Vorbereitung an den Ausschuss für Erneuerbare Energien, Raumordnung und Klimafolgenanpassung überwiesen.

Diskussionsverlauf:

KTA Blume begründet den Antrag. Die Suche nach vernünftigen Gewerbegebieten soll in einem geeigneten Verfahren erfolgen. Die in dem Antrag genannten Ergänzungen hätte seine Fraktion gern im RROP berücksichtigt.

-RBP-

**TOP-Nr. 29 Antrag der CDU/Wald-Fraktion vom 04.06.16 (Eingang: 06.06.16);
Höherer Zuschuss für Neubau eines Bürger- und Kulturhauses in
Dahlenburg
Vorlage: 2016/160**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Enthaltungen

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Diskussionsverlauf:

KTA Waldau begründet den Antrag. Die Erhöhung des Zuschusses für den Neubau eines Bürger- und Kulturhauses wäre eine wichtige Infrastrukturmaßnahme. Er bittet um Zustimmung.

KTA Kamp spricht sich gegen einen höheren Zuschuss aus. Es wurde ein Gutachten beantragt und es wurden sich verschiedene Häuser im Landkreis angeschaut und dann reifte der Plan, an der Stelle in Dahlenburg etwas entstehen zu lassen. Gleichzeitig wurde eine Förderkulisse beantragt. Durch den Gemeinderat Dahlenburg sei einstimmig beschlossen worden, zu versuchen, 300.000 Euro beim Landkreis einzuwerben. 200.000 Euro fließen über den Strukturentwicklungsfonds und 100.000 Euro über die Sparkassenstiftung Ost. In der Summe bekomme der Flecken Dahlenburg die 300.000 Euro, die er beantragt habe.

KTA Schultz gönnt dem Flecken Dahlenburg dieses Bürger- und Kulturhaus und er hoffe, dass es ein

Erfolgsmodell werde. Er wünsche für dieses Projekt viel Erfolg.

KTA Dubber macht deutlich, dass es nicht darum gehe, dass von der Gemeinde Dahlenburg ein offizieller zusätzlicher Antrag gestellt wurde. Es gehe darum, dass sich die CDU/Wald-Fraktion für die Ausgleichsfunktion des Landkreises gegenüber dem Ostkreis besonders verantwortlich fühle. Der Landkreis Lüneburg sollte seiner Ausgleichsfunktion nachkommen. Er könne sich noch gut erinnern, dass die Strukturmittel einst für solche Zwecke geschaffen wurden und nicht für die eine oder andere Maßnahme, welche mittlerweile im Westkreis finanziert werde. Seine Fraktion halte an dem Antrag fest.

LR Nahrstedt trägt vor, dass nicht nur Neuhaus, Dahlenburg oder Bleckede um finanzielle Unterstützung bitten, auch andere Kommunen tun dies. Der Strukturentwicklungsfonds sei für alle Kommunen da und nicht nur für den Ostkreis geschaffen worden. Eine gerechte Verteilung der Mittel im Landkreis Lüneburg sollte beibehalten werden.

-01.50-

TOP-Nr. 30 Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

TOP-Nr. 30.1 Zuordnung Wahlkreise

LR Nahrstedt berichtet, dass er Unterlagen zur Landtagswahl über die Wahlkreise erhalten habe. Es bleibe alles beim Alten, die Samtgemeinde Ilmenau bleibe im Wahlkreis Uelzen.

TOP-Nr. 30.2 Breitbandausbau

LR Nahrstedt berichtet, dass er den Wirtschaftsminister angeschrieben habe, weil ihm aufgefallen sei, dass man bei der Glasfaserverlegung im Landkreis Lüneburg an die Häuser, Glasfaser auch an die Schulen heranbringen müssen. Er habe Herrn Lies gebeten, sich dafür einzusetzen, dass alle Schulen, auch die mit der Telekom, vernünftig mit Breitband und Glasfasernetz ausgestattet werden (siehe Informationsvorlage Nr. 2016/116).

TOP-Nr. 31 Schriftliche Anfragen gem. § 17 Abs. (2) Geschäftsordnung

**TOP-Nr. 31.1 Anfrage von KTA Gödecke (Die Unabhängigen) vom 09.06.16
(Eingang: 09.06.16); Hochwasserschutz an der Elbe
Vorlage: 2016/162**

EKR Krumböhrer beantwortet die Anfrage von KTA Gödecke zum Hochwasserschutz. Diese lautet wie folgt:

1. Gibt es außer der Deichrückverlegungsvariante „Vitiko“ (Bleckede/Radegast) auch andere untersuchte Varianten zum Beispiel die rechtselbischen „Wappauwiesen“?
2. Wie ist die Sachlage zur Festlegung eines neuen Bemessungshochwassers (an der Elbe), als Voraussetzung für eine erhebliche Deicherhöhung / Deichneubau?
3. Wieviel Polderflächen wurden an der Elbe (Bundesweit) seit Juni 2013 geschaffen?
4. Gibt es eine zentrale Behörde, die alle Länder-Maßnahmen koordiniert?
5. Das Wasserhaushaltsgesetz WHG regelt die Maßnahmen zum Hochwasserschutz (§§ 73,74,75,...78 dem stehen (im Biosphärenreservat) andere Gesetze gegenüber, welche Gesetze sind das Konkret?
6. Ist der Hochwasserschutz nicht vorrangig gegenüber dem Naturschutz?

Antwort:

1. Der Landkreis Lüneburg sei in diesem Zusammenhang nur ein Akteur von vielen. Man könne nicht kraft eigener Willensbildung sagen, was geschehe oder nicht geschehe. Dies seien komplexe Vorhaben und es gebe in der Tat nicht nur die eine Überlegung zur Deichrückverlegung, sondern mehrere. Allerdings seien dies solche, die nicht im Landkreis Lüneburg liegen und es gebe hier zuständige Behörden, die das entsprechend rechnen und umsetzen.
2. Dies sei ein großes Ärgernis für den Landkreis Lüneburg, weil es seit langer Zeit Ideen gebe, dass sog. Bemessungshochwasser neu zu definieren. Es gehe aber nicht voran. Es gebe allerdings einen neuen Wert, er liege bei 4.554 Kubikmeter je Sekunde. Tröstlich sei, dass die Verwaltungen des Landes und Bundes diesen Wert bereits anwenden, wenn es um neue Planungen gehe. Er sei offiziell leider noch nicht festgesetzt worden.
3. Dies seien sehr komplizierte Verfahren, weil Eigentümer dahinterstehen und es noch viele andere Fragen gebe. Es wurden seit 2013 keine neuen Polderflächen geschaffen, es laufen allerdings einige Verfahren.
4. Eine solche Behörde gibt es nicht. Man sei darauf angewiesen, dass die zuständigen Länder sich freiwillig auf bestimmte Dinge verständigen.
5. Diese Frage sei für ihn schwierig aufgrund des sehr umfangreichen Gesetzesumfanges und daher nicht zu beantworten.
6. Der Hochwasserschutz verdränge sicherlich manche naturschutzfachlichen Gesetze, aber natürlich nicht alle Gesetze.

KTA Gödecke stellt eine Zusatzfrage zu Frage 1. Er meinte nicht die Deichrückverlegungsvarianten der Elbe gesamt, sondern in Bezug auf den Landkreis Lüneburg, also ob es in unserem Bereich noch „Planungsspiele“ gebe.

EKR Krumböhrer wird die Antwort im Protokoll geben.

Antwort von EKR Krumböhrer im Rahmen der Protokollerstellung:

„Mit Mitteln des Nationalen Hochwasserschutzprogramms wird derzeit beim NLWKN an einer Machbarkeitsstudie – als erster Schritt für eine mögliche Deichrückverlegung – im Bereich der Vitico (Bleckede) gearbeitet.“

Weitere Machbarkeitsstudien (oder gar konkretere Planungen) zu Deichrückverlegungen im Landkreis Lüneburg sind nicht bekannt.“

-4-

**TOP-Nr. 32 Mündliche Anfragen aus aktuellem Anlass gemäß § 17 Abs. (3)
Geschäftsordnung**

TOP-Nr. 32.1 Parkplatzschanke

KTA Schmidt hat eine Frage zur neuen Parkplatzsituation beim Bolzplatz. Dort wurde vor wenigen Wochen eine neue Schranke installiert, welche nur mit einem Chip von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung betätigt werden könne. Viele Kreistagskollegen hätten dort zu Sitzungszeiten geparkt und sie möchte wissen, welche Ausweichmöglichkeiten es gebe.

LR Nahrstedt antwortet, dass die Parkplätze an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises und der Hansestadt Lüneburg vermietet werden. Um die sich häufenden Beschwerden über mangelnde Parkplätze zu Arbeitszeiten künftig zu vermeiden, wurde die neue elektrische Schranke installiert. Für Kreistagsabgeordnete bestehe die Möglichkeit, auf das Parkhaus Am Graalwall auszuweichen und sich die Parkgebühren erstatten zu lassen.

KTA Hövermann merkt an, dass er dies für einen höheren Verwaltungsaufwand halte und er die Situation wie sie vorher bestand besser fand.

-3-

TOP-Nr. 32.2 Kreiswahl am 11.09.16; Veröffentlichung Amtsblatt

KTA Gödecke macht darauf aufmerksam, dass in dem Amtsblatt Nr. 6/2016 vom 21.04.2016 in der Bekanntmachung über die Zusammensetzung des Kreiswahlausschusses anlässlich der Kreiswahl am 11. September 2016 im Landkreis Lüneburg ein Fehler auftaucht. Im ersten Abschnitt der Bekanntmachung wird noch das Datum der letzten Kreiswahl vom 11.09.2011 erwähnt.

Er hatte diesbezüglich schon im AFP auf diesen Fehler hingewiesen und fragt, weshalb in den Folgeblättern eine Berichtigung noch nicht umgesetzt werden konnte.

LR Nahrstedt antwortet, dass er dies weitergeben werde und appelliert an KTA Gödecke, dass er durchaus auch die Möglichkeit habe, mit der Verwaltung im Rahmen einer kollegialen Zusammenarbeit direkt Kontakt aufzunehmen, um die Angelegenheit kurzfristig zu klären.

Anmerkung im Rahmen der Protokollerstellung:

Die Zusammensetzung des Kreiswahlausschusses ist mit korrektem Datum der Wahl am 11. September 2016 im Amtsblatt Nr. 11 vom 28.07.2016 abgedruckt worden.

-34-

TOP-Nr. 33 Schließung der Sitzung

Vors. Fricke schließt die Sitzung um 18.00 Uhr.
